

**Konferenz  
der Regierungschefinnen und Regierungschefs  
der Länder am 14. März 2013 in Berlin**

**Ergebnisprotokoll**

**Konferenz  
der Regierungschefinnen und Regierungschefs  
der Länder am 14. März 2013 in Berlin**

**Ergebnisprotokoll**

**Tagesordnung**

- TOP 1      Umsetzung der Energiewende**
- TOP 2      NPD-Verbotsverfahren**
- TOP 3      Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen (ZAB)**
- TOP 4      Verfahrensdauer beim Eisenbahn-Bundesamt im planungsrechtlichen Genehmigungsverfahren**
- TOP 5      Beteiligung der Finanzministerkonferenz an den Beratungen von Haushaltsentwürfen gemeinsam finanzierter Einrichtungen**
- TOP 6      Verschiedenes**
- TOP 6.1    Teilnahme am 6. Integrationsgipfel**

**Konferenz  
der Regierungschefinnen und Regierungschefs  
der Länder am 14. März 2013 in Berlin**

**Ergebnisprotokoll**

**TOP 1      Umsetzung der Energiewende**

Das Thema wurde erörtert.

**Konferenz  
der Regierungschefinnen und Regierungschefs  
der Länder am 14. März 2013 in Berlin**

**Ergebnisprotokoll**

**TOP 2      NPD-Verbotsverfahren**

1. Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder nehmen den Bericht des Ministerpräsidenten des Landes Baden-Württemberg in seiner Funktion als Präsident des Bundesrates zum Beschluss des Bundesrates vom 14. Dezember 2012 (Drucksache 770/12) zur Kenntnis.
  
2. Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder nehmen den Bericht des Vorsitzenden der Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder zum Stand der Einleitung eines neuen NPD-Verbotsverfahrens vom 6. März 2013 zur Kenntnis und bitten die Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder, im Rahmen der Konferenz der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder am 13. Juni 2013 erneut zu berichten.

# **Konferenz der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder am 14. März 2013 in Berlin**

## **Ergebnisprotokoll**

### **TOP 3      Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen (ZAB)**

1. Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder nehmen den Beschluss der Finanzministerkonferenz vom 29. November 2012 zum Nachtragshaushaltentwurf 2013 des Sekretariats der Kultusministerkonferenz und das Schreiben des Präsidenten der Kultusministerkonferenz zur Situation der Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen (ZAB) vom 30. November 2012 an die Vorsitzende der Konferenz der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder zur Kenntnis.
2. Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder bitten die Finanzministerkonferenz, für den Bereich der Verfahren nach dem Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz (BQFG) eine partielle Freigabe der gesperrten Mittel vorzusehen, um zu vermeiden, dass die Länder mit gültigem BQFG zunächst selbst Strukturen für die Anerkennung aufbauen müssen.
3. Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder bitten die Kultusministerkonferenz und die Finanzministerkonferenz, das Antragsaufkommen, die Auskömmlichkeit der Stellenausstattung sowie die Höhe der Gebühren für die Übernahme der Aufgaben der Länder zum Anerkennungsverfahren im Ausland erworbener Berufsqualifikationen durch die ZAB bis Ende 2013 zu evaluieren und den Haushaltsplan des Sekretariats der Kultusministerkonferenz ggf. anzupassen.

Protokollerklärung Bayern und Hessen:

Bayern und Hessen betonen die Notwendigkeit, im Bereich der Verfahren nach dem BQFG von Anfang an kostendeckende Gebührensätze festzulegen.

**Konferenz  
der Regierungschefinnen und Regierungschefs  
der Länder am 14. März 2013 in Berlin**

**Ergebnisprotokoll**

**TOP 4      Verfahrensdauer beim Eisenbahn-Bundesamt im planungsrechtlichen Genehmigungsverfahren**

1. Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder nehmen den Bericht des Bundesministers für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung vom 29. Januar 2013 zur Verfahrensdauer beim Eisenbahn-Bundesamt im planungsrechtlichen Genehmigungsverfahren zur Kenntnis.
2. Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder bitten die Bundesregierung, alle geeigneten Maßnahmen zu ergreifen, um die eisenbahnrechtlichen Planfeststellungs- und Plangenehmigungsverfahren zu beschleunigen und das Eisenbahn-Bundesamt personell ausreichend auszustatten.
3. Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder bitten die Verkehrsministerkonferenz, sich weiter mit der Thematik zu befassen und ihnen spätestens bis zur Konferenz im Frühjahr 2014 zum Sachstand zu berichten.

# **Konferenz der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder am 14. März 2013 in Berlin**

## **Ergebnisprotokoll**

### **TOP 5      Beteiligung der Finanzministerkonferenz an der Beratung von Haushaltsentwürfen gemeinsam finanzierter Einrichtungen**

1. Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder nehmen das Schreiben des Vorsitzenden der Finanzministerkonferenz vom 15. März 2012 an den Vorsitzenden der Konferenz der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder zur Beteiligung der Finanzministerkonferenz an den Beratungen von Haushaltsentwürfen neuer gemeinsam finanzierter Einrichtungen und die dazu von den Fachministerkonferenzen abgegebenen Stellungnahmen zur Kenntnis.
2. Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder sind der Auffassung, dass mit Blick auf die Konsolidierungserfordernisse der öffentlichen Haushalte neue Aufgaben auch finanzwirtschaftlich geprüft werden müssen. Die Landeshaushaltsordnungen sehen dafür entsprechende Regelungen vor. Bei gemeinsam zu finanzierenden überregionalen Einrichtungen ist darüber hinaus eine Prüfung nach einheitlichen Kriterien sinnvoll, um eine wirtschaftliche Aufgabenerfüllung zu ermöglichen.
3. Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder bitten die Fachministerkonferenzen, zukünftig in geeigneter Weise und unter Berücksichtigung des Einzelfalls sicherzustellen, dass die Finanzministerkonferenz bereits im Vorfeld der Erarbeitung von Verwaltungsabkommen, Staatsverträgen etc. für neue überregional finanzierte Einrichtungen einbezogen wird.

**Konferenz  
der Regierungschefinnen und Regierungschefs  
der Länder am 14. März 2013 in Berlin**

**Ergebnisprotokoll**

**TOP 6      Verschiedenes**

**TOP 6.1    Teilnahme am 6. Integrationsgipfel**

Das Thema wurde erörtert.

